

Verfahren: 2026001886 - Freigestellter Schülerspezialverkehr für die Schuljahre 2026/2027 bis 2028/2029 für Freiburger öffentliche Schulen

EIGNUNGSKRITERIEN

1 Eignungsnachweise

Gewichtung: 100,00%

1.1 Eigenerklärung zum Besitz des Führerscheins [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich/Wir erkläre(n), dass ich /wir im Auftragsfalle nur Fahrpersonal einsetze(n), das im Besitz des Führerscheins zur Fahrgastbeförderung ist.

-] Keine Angabe
] Ja
] Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.2 Eigenerklärung zur deutschen Sprache [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich/Wir erkläre(n), dass ich /wir im Auftragsfalle nur Fahr- und Begleitpersonal einsetze(n), welches sich in Wort und Schrift in der deutschen Sprache klar und unmissverständlich artikulieren kann.

Sofern kein Begleitpersonal gestellt werden kann (eine entsprechende Abfrage erfolgt im Rahmen der Aufforderung zur Angebotsabgabe), gilt diese Erklärung nur für das eingesetzte Fahrpersonal.

-] Keine Angabe
] Ja
] Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.3 Vorlage einer Personenbeförderungsgenehmigung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Möglichst mit Abgabe des Teilnahmeantrages, spätestens auf Verlangen, werde/n ich/wir die in der Bekanntmachung und in Nr. 3.1 genannte/n personenbeförderungsrrechtlichen Genehmigung/en vorlegen.

Beim Einsatz von rechtlich unselbstständigen Niederlassungen werde/n ich/wir für jede Niederlassung und bei Bildung einer Bewerbungsgemeinschaft für jedes Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft eine Genehmigung vorlegen.

-] Keine Angabe
] Ja
] Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.4 Eigenerklärung zum Schutz des Kindeswohls [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Hiermit wird erklärt, dass unser Unternehmen einschließlich ggf. von uns benannter rechtlich unselbstständiger Niederlassungen oder Nachunternehmen keine im Sinne von § 72a SGB VIII von der Tätigkeit ausgeschlossene Personen als Fahr- und/oder Begleitpersonal bei der Schülerbeförderung von Kindern im Rahmen des Schülerspezialverkehrs für Freiburger öffentliche Schulen einsetzt.

Wir verpflichten uns, dies durch die Vorlage aktueller (d.h. bei Vorlage beim Arbeitgeber nicht älter als 3 Monate) erweiterter Führungszeugnisse entsprechend § 72a SGB VIII bei der Einstellung und danach in regelmäßigen Abständen - spätestens jedoch nach Ablauf von 5 Jahren - belegen zu lassen.

Kann aus organisatorischen Gründen mit der Beschäftigung nicht bis zur Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses entsprechend § 72a SGB VIII gewartet werden, werden wir uns vor der Einstellung von den beschäftigten Personen eine schriftliche Versicherung geben lassen, dass gegen sie keine rechtskräftige Verurteilung nach den in § 72a SGB VIII genannten Straftaten vorliegt und sie zugleich verpflichtet, ein solches erweitertes Führungszeugnis entsprechend § 72a SGB VIII unverzüglich zu beantragen und vorzulegen.

Besteht bereits ein Beschäftigungsverhältnis, werden wir unter Verweis auf § 72a SGB VIII und sich einer hieraus ergebenden vertraglichen Nebenpflicht ebenfalls die nachträgliche Vorlage eines solchen erweiterten Führungszeugnisses von den Beschäftigten einfordern. Ergibt sich aus dem erweiterten Führungszeugnis, dass eine einschlägige Verurteilung nach den dort genannten Vorschriften erfolgt ist, werden wir diese Person sofort austauschen und eine Person mit der Durchführung der Maßnahme betrauen, die den Voraussetzungen entspricht. Gleiches gilt, wenn ein erweitertes Führungszeugnis nicht vorgelegt wird.

-] Keine Angabe
] Ja
] Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.5 Einhaltung Sozialstandards [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich/Wir erkläre(n) die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen gemäß dem beigefügten Formular "004-StadtFR Sozialstandards".

-] Keine Angabe
] Ja
] Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.6 Einhaltung Mindestlohn [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich/Wir erkläre(n) die Einhaltung der Regelungen nach dem LTMG gemäß dem beigefügten Formular "008-StadtFR Tariftreue Verkehr + BVB".

-] Keine Angabe
] Ja
] Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.7 Einhaltung EU-Sanktionen Russland [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich/Wir erkläre(n) die Einhaltung der Sanktionen der EU gegen russische Unternehmen / Personen / Lieferanten (Auftragsverbot) gemäß dem beigefügten Formular "010 StadtFR - Erklärung Russland Sanktionen".

-] Keine Angabe
] Ja
] Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.8 Erklärung im Falle einer Bewerbergemeinschaft

Gewichtung: 100,00%
Maximalpunktzahl: 10

Die o. g. Eigenerklärungen Nr. 1.1 bis 1.7 gelten auch für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft.

Nur ankreuzen, sofern eine Bewerbergemeinschaft vorgesehen ist:

-] zur Kenntnis genommen

Mehrere Antworten wählbar

2 Leistungsbeschreibung

Gewichtung: 0,00%

2.1 Kurze Beschreibung des Auftrags [Mussangabe]

Schülerspezialverkehr für die Schuljahre 2026/2027, 2027/2028 und 2028/2029 für Freiburger öffentliche Schulen.

Es handelt sich um eine Rahmenvereinbarung mit mehreren Wirtschaftsteilnehmern mit einer Laufzeit von 3 Jahren (Schuljahr 2026/2027, 2027/2028 und 2028/2029).

Die Wirtschaftsteilnehmer werden aufgrund der Ergebnisse dieses Öffentlichen Teilnahmewettbewerbs festgelegt. Vor jedem der o. g. Schuljahre erhalten alle Unternehmen, die der Rahmenvereinbarung angehören, eine erneute Aufforderung zur Angebotsabgabe. Die Kriterien für die Vergabe der Einzelaufträge werden in den Unterlagen der Angebotsaufforderung genannt. Ein Anspruch auf Erteilung eines Einzelauftrages besteht nicht.

Die Leistung betrifft die Schülerbeförderung mit besonderen Schülerfahrzeugen (PKW 5- bis 7-Sitzer, Kleinbusse 8- bis 17-Sitzer, Rollstuhltransportfahrzeuge) in o. g. Schuljahren für Freiburger öffentliche Schulen (in der Regel Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren, Schulkindergärten und Juniorklassen, aber auch Regelschulen im Rahmen inklusiver Beschulungen).

Die Schülerbeförderungsleistungen bestehen in der Regel aus Fahrten zwischen den Wohnungen der Schüler*innen in Freiburg und Umland und den jeweiligen Schulen in Freiburg.

Nähere Informationen sind der beigefügten Leistungsbeschreibung zu entnehmen.

-] zur Kenntnis genommen, bitte ankreuzen

Mehrere Antworten wählbar

2.2 Teilnahmebedingungen [Mussangabe]

Ich/Wir erkläre(n) mit Ankreuzen des nachfolgenden Kästchens, dass ich/wir die beigefügten Teilnahmebedingungen zur Kenntnis genommen habe(n).

-] Die Teilnahmebedingungen wurden zur Kenntnis genommen, bitte ankreuzen

Mehrere Antworten wählbar

3 Teilnahmeantrag

Gewichtung: 0,00%

3.1 Unterlagen und Einreichung des Teilnahmeantrages [Mussangabe]

Mit diesen Unterlagen erhalten Sie die zur Teilnahme am Wettbewerb zwingend zu berücksichtigenden Formulare:

- a) Teilnahmebedingungen für den öffentlichen Teilnahmewettbewerb,
- b) Erklärung der Bewerber-/ Bietergemeinschaft (sofern deren Bildung vorgesehen ist),
- c) Verpflichtungserklärung zur Erfüllung der Tarifreue- und Mindestentgeltverpflichtung,
- d) Eigenerklärung zur Einhaltung der Sozialstandards,
- e) Eigenerklärung zur Einhaltung der Sanktionen der EU gegen russische Unternehmen.

Möglichst mit dem Teilnahmeantrag, spätestens auf Verlangen, sind zwingend folgende Unterlagen vorzulegen:

1.) Eine zum Zeitpunkt des Teilnahmeantrags gültige, auf den Unternehmer/ das Unternehmen ausgestellte personenbeförderungrechtliche Genehmigung nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG), dies gilt auch für die rechtlich unselbstständigen Niederlassungen und Mitglieder einer Bietergemeinschaft. Bewerber, die ihren Sitz nicht in Deutschland haben, müssen eine entsprechende beförderungrechtliche Konzession des Herkunftslandes vorlegen.

2.) Außer den o.g. Erklärungen auch eine Eigenerklärung mit dem Inhalt, dass
- nur Fahrpersonal eingesetzt wird, das im Besitz des Führerscheins zur Fahrgastbeförderung ist (gem. 1.1),
- nur Fahr- und Begleitpersonal eingesetzt wird, welches sich in Wort und Schrift in der deutschen Sprache klar und unmissverständlich artikulieren kann (gem. 1.2),
- keine Personen als Fahr- und/oder Begleitpersonal eingesetzt werden, die von der Tätigkeit im Sinne des § 72a SGB VIII ausgeschlossen sind (gem. 1.4).

Mit dem Teilnahmeantrag sind noch keine Angebotspreise abzugeben. Erst im Rahmen der 2. Stufe werden von den zugelassenen Bewerbern die Kilometer-Preise mit dem beigefügten Muster "Angebotsvordruck km-Preise" abgefragt. Auch bei einem vorgesehenen Nachunternehmereinsatz sind die o.g. Erklärungen und Nachweise für das Nachunternehmen erst im Rahmen der 2. Stufe vorzulegen.

Die Abgabe des Teilnahmeantrags ist nur elektronisch über das Vergabeportal zulässig. Sehen Sie hierzu die Erläuterungen unter "Allgemeine Informationen zum Verfahren" sowie den Hinweis zur Abgabe des Teilnahmeantrags in den Anlagen.

zur Kenntnis genommen, bitte ankreuzen

Mehrere Antworten wählbar

3.2 Bietergemeinschaft [Mussangabe]

Bei Bietergemeinschaften ist die Erklärung gem. Nr. 1.6 auszufüllen und je Mitglied der Bietergemeinschaft die Genehmigungsurkunde mit Abgabe des Teilnahmeantrages vorzulegen.

Des Weiteren ist die beigefügte "Erklärung Bietergemeinschaft" auszufüllen und als Anlage und mit dem Antrag einzureichen.

zur Kenntnis genommen, bitte ankreuzen

Mehrere Antworten wählbar

3.3 Wichtige Info für folgende Bewerberkonstellationen [Mussangabe]

Grundsätzlich kann jeder Bewerber (Unternehmen) nur einen Teilnahmeantrag abgeben. Dies gilt auch bei Einreichung von Anträgen durch Tochterunternehmen und durch unterschiedliche Niederlassungen des selben Unternehmens, sofern der Antrag rechtlich von der selben natürlichen oder juristischen Person eingereicht wird (siehe Nr. 3.4).

Die Einreichung mehrerer Anträge durch gesellschaftsrechtlich getrennte Tochterunternehmen bzw. Niederlassungen ist grundsätzlich zulässig. Jedoch kann nach der Rechtsprechung auch in diesem Fall wegen Verstoßes gegen den Grundsatz des Geheimwettbewerbs ein Ausschluss geboten sein, wenn die Niederlassungen bzw. Tochterunternehmen von dem Inhalt der Anträge bzw. Angebote gegenseitig Kenntnis haben; dies ist insbesondere dann anzunehmen, wenn die Anträge bzw. Angebote von der selben Person unterschrieben sind oder die selbe Person als Ansprechpartner benannt wird.

Deshalb ist bei der Abgabe von Teilnahmeanträgen bzw. Angeboten folgendes zu beachten:

Die Anträge bzw. Angebote der einzelnen gesellschaftsrechtlich getrennten Tochterunternehmen bzw. rechtlich selbstständigen Niederlassungen sind vollständig und getrennt einzureichen. Des Weiteren sind die Angebote von unterschiedlichen Personen zu unterschreiben und es müssen verschiedene Ansprechpartner vorhanden sein.

Wenn diese Voraussetzungen nicht eingehalten sind, kann dies zum zwingenden Ausschluss des Antrages bzw. Angebotes führen. Dies gilt insbesondere AUCH für Unternehmen, die rechtlich nicht miteinander verbunden sind, aber den gleichen Geschäftsführer bzw. Inhaber haben.

Ein Bewerber kann sich jedoch gleichzeitig als Nachunternehmen eines anderen Bewerbers anbieten.

zur Kenntnis genommen, bitte ankreuzen

Mehrere Antworten wählbar

3.4 Rechtlich unselbstständige Niederlassungen

Sofern rechtlich unselbstständige Niederlassungen beteiligt sind, erkläre(n) ich/wir, dass mit dem Teilnahmeantrag, spätestens auf Verlangen, die Genehmigungen nach dem PBefG für jede Niederlassung vorgelegt werden.

Nur ankreuzen, sofern rechtlich unselbstständige Niederlassungen beteiligt sind:

zur Kenntnis genommen

Mehrere Antworten wählbar

3.5 Verkürzung Angebotsfrist 2. Stufe [Mussangabe]

1. Stufe: Bewerbungsfrist sind 30 Tage (gem. § 17 Abs. 2 VgV).
2. Stufe: Angebotsfrist sind 25 Tage (gem. § 17 Abs. 6 und 9 VgV)

Freiwillige Zustimmung:

Sollten wir anhand unserer Bewerbung uns für die 2. Stufe des Verfahrens qualifizieren, stimmen wir bereits jetzt der Verkürzung der Angebotsfrist in Stufe 2 zu. Die Angebotsfrist in Stufe 2 soll sich dann anstatt 25 Tage auf nur ca. 12-15 Tage belaufen. Dies soll das Verfahren beschleunigen.

Ja = einverstanden,
Nein= nicht einverstanden.
Ihre Antwort hat keine Auswirkung auf die Wertung.

Hinweis:
Beim Anklicken des Buttons "Keine Angabe" kann es zu technischen Problemen kommen, so dass eine Abgabe des Teilnahmeantrages nicht möglich ist. Leider kann dieser Button nicht entfernt werden.

- Keine Angabe (0)
- Ja (0)
- Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

4 Bewerberdaten

Gewichtung: 0,00%

4.1 Bewerberdaten [Mussangabe]

Im nachfolgenden Feld sind folgende Daten des Bewerbers anzugeben (bei Bildung einer Bürgergemeinschaft ist das beigefügte entsprechende Formular auszufüllen und mit dem Teilnahmeantrag einzureichen):

1. Firmenname des Bewerbers,
2. Name des Ansprechpartners,
3. Straße,
4. PLZ und Ort,
5. Tel.,
6. Fax,
7. E-Mail

4.2 Daten rechtl. unselbstständiger Niederlassungen

Sofern rechtlich unselbstständige Niederlassungen beteiligt sind, sind diese im nachfolgenden Feld mit dem jeweiligen Namen und Sitz der Niederlassung anzugeben.

4.3 Nachunternehmereinsatz [Mussangabe]

Sofern beabsichtigt ist, Teilleistungen an Nachunternehmen zu vergeben, bitte ankreuzen.

Bei vorgesehenem Nachunternehmereinsatz sind die geforderten Erklärungen und Nachweise im Rahmen der 2. Stufe vorzulegen.

- Nachunternehmereinsatz ist vorgesehen
- Nachunternehmereinsatz ist nicht vorgesehen

Mehrere Antworten wählbar